

Warum preschen Sie vor, Frau Rykart?

Gestern konnte den Medien entnommen werden, die Bewilligungsbehörden hätten den Heimsektor des FC Zürich für das nächste Heimspiel am 31. Januar 2024 gesperrt. Bis anhin war die AL-Fraktion der Ansicht, Bewilligungsbehörde für Spiele im Letzigrund sei einzig das Sicherheitsdepartement, wie dies das kantonale Recht vorsieht. Mit Erstaunen nehmen wir zu Kenntnis, dass neu anscheinend eine ominöse «Arbeitsgruppe Bewilligungen» der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) für Sektorsperren im Letzigrund als zuständige Bewilligungsbehörde fungiert. Erste Auskunftsperson dieser Massnahme ist laut Medienmitteilung die Nidwaldner Regierungsrätin Karin Kayser-Frutschi. Im besten aller Fälle versteckt sich das Sicherheitsdepartement hinter dieser Arbeitsgruppe, im schlechtesten macht es den Anschein, als würde es ungezwungen und ungefragt seine Kompetenzen abgeben.

Die Südkurve soll also geschlossen bleiben, eine Kollektivstrafe soll es richten. Wie in anderen Schweizer Städten sollen in Zürich viele Fussballfans für das Fehlverhalten Einzelner bestraft werden. Politik und Polizei preschen damit nicht nur vor. Sie vergiften damit die laufende Diskussion, ob und wie schweizweit einheitliche Massnahmen bei Fangewalt eingeführt werden sollen. Im letzten Herbst lief für kurze Zeit eine Vernehmlassung für ein sogenanntes Kaskadenmodell. Je nach Schwere der Vorkommnisse sind Massnahmen von einer Verwarnung bis Spielverbot angedacht. Das Modell sollte im Verlauf des Sommers 2024 eingeführt werden. Die Vernehmlassung ist noch nicht ausgewertet. Nichtsdestotrotz sind die Behörden und die Polizei vorgeprescht und haben in den letzten Monaten bar jeder Verhältnismässigkeit mehrmals Sektorsperren angeordnet. Die milderen Massnahmen wurden übersprungen. Es scheint also, dass sich die Hardliner der KKJPD durchgesetzt haben. Das Sicherheitsdepartement der Stadt Zürich teilt im besten Fall die Ansichten dieses bürgerlichen Gremiums, im schlimmsten lassen sie sich zu Befehlsempfänger degradieren. Für eine rot-grüne Exekutive ist das so oder so ein Skandal.

Wie gestern richtigerweise im Tages-Anzeiger zu lesen war, sind Kollektivstrafen als Ohnmachtszeugnis zu betrachten. Kollektivstrafen sind nicht nur unfair, sie sind ebenso wenig zielführend oder geeignet, um Fangewalt zu verhindern. Diese Entwicklung ist leider nicht neu, auch bei der am 3. März zur Abstimmung kommenden Anti-Chaoten-Initiative und ihrem Gegenvorschlag wollen die rechten Mehrheiten des Kantons dieses Instrument ausbauen, um ihre Repressionsfantasien zu bedienen. Die AL lehnt solche Kollektivstraffen grundsätzlich ab und erwartet von einer rot-grünen Stadtrat ein Vorgehen mit Augenmass und keine vorausseilende Gehorsam. Holen wir uns unsere Kompetenz wieder zurück. Frau Rykart, handeln Sie eigenständig und heben Sie die Sektorsperre wieder auf!

Für Rückfragen: Moritz Bögli, Gemeinderat, moritz.boegli@ggaweb.ch, 076 559 63 04